

12.03.2021

10.000 Kinderbilder für die gerodete Trasse der A 49

Zum Abschluss des Dannikalenders 7x7 = keine A49 werden am Sonntag, den 21. März um 15.30 Uhr unzählige Kinderbilder von Bäumen an der gerodeten Trasse in Dannenrod ein Moratorium des Ausbaus anmahnen. Die Aktion beginnt im Rahmen eines Waldspaziergangs des Aktions-Bündnisses "Keine A 49" um 14 Uhr am Sportplatz in Dannenrod.

49 Tage lang gab es von den Parents for Future und vielen solidarischen Verbündeten Aktionen gegen die A 49. Denn für eine minimale Abkürzung von 10,5 Autobahnkilometern sollen Teile eines Wasserschutz- und eines europäisches Naturschutzgebietes zerstört werden. In Zeiten, in denen immer klarer wird, wie wichtig der Schutz des Klimas, der Naturschutzgebiete und der Bäume für uns und die nachfolgenden Generationen ist, halten wir den Ausbau der A49 für unverantwortbar

Bei den Überlegungen zur Trassenführung wurde bisher ein Bundesstraßen-Ausbau seitens der Verantwortlichen nicht in Erwägung gezogen, obwohl diese Alternative schon seit langem vorliegt.¹ Diese wäre eine kostengünstige und umweltfreundliche Möglichkeit, Anwohner zu entlasten.

Ein dreiminütiges Video informiert sehr kurzweilig darüber: www.youtube.com/watch?v=SQFwIJQDKQ0.

Wir fordern einen unverzüglichen Baustopp, bis diese Alternative umfassend geprüft ist, bis alle bisherige Vertuschung aufgedeckt und alle ignorierten Fragestellungen von unabhängigen Gutachter:innen geprüft sind.

Die bisher beteiligten Städte und die Aktionen sind hier aufgelistet: www.danni-lebt.de/widerstand/aktuelles/dannikalender-rückblicke/

Hintergrund:

1) "Eigentlich" nicht erlaubte Eingriffe in ein Wasserschutzgebiet

Die Trasse der A49 führt durch eine der größten und gefährlichsten Rüstungsaltlasten Europas² und es werden Eingriffe in den Boden gestattet, die sich in Wasserschutzgebieten vom Grundsatz her verbieten. Ein vom "Aktionsbündnis keine A 49" in Auftrag gegebenes Gutachten zum Wasserschutz wird seit Monaten geprüft, der hessische Verkehrsminister behauptete aber schon zu Beginn, es "sei … unzureichend fundiert … werde geprüft … habe für die Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses … aber keine juristische Relevanz, unabhängig vom Ergebnis der Prüfung …" ³.

Es ist ein Skandal, dass so sorglos mit berechtigten Einwänden umgegangen, bezeichnete doch der Geschäftsführer des Zweckverbands Mittelhessische Wasserwerke, Karl-Heinz Schäfer, den Autobahnausbau in Hinblick auf das Grundwasser "Wie eine Operation am offenen Herzen" ⁴. Auch bestätigte das Bundesverwaltungsgericht, dass der Planfeststellungsbeschluss hinsichtlich der wasserrechtlichen Prüfung fehlerhaft ist. ⁵ Das daraufhin ohne Beteiligung von Umweltverbänden erstellte Gutachten wurde bereits durch ein Ge-

¹ Stopp A49.org

² Drucksache 18/03694 (hessen.de)

www.hessenschau.de/panorama/dannenroeder-forst-ticker-100~_p-10.html#fff07d9c-11ef-4ae3-839a-ba90ae1ca6f4

www.hessenschau.de/gesellschaft/wie-gefaehrlich-wird-der-a49-ausbau-fuer-dasgrundwasser,grundwasser-autobahn-mittelhessen-100.html

www.bverwg.de/de/pm/2020/37

gengutachten widerlegt. Fehlinformationen seitens der DEGES⁶ und Öllachen im Wasserschutzgebiet zeigen, wie fahrlässig sorglos mit dem Trinkwasserschutz für 500.000 Menschen umgegangen wird.

2) Undurchsichtige Finanzierung und nicht offengelegte Verträge

Der Ausbau der A 49 als öffentlich-private Partnerschaft erfordert eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Die Methodik dieser Untersuchung wurde trotz schwerwiegender Bedenken des Bundesrechnungshofs Anfang 2018 bis heute nicht offengelegt. Da der Bundesrechnunghof "absichtliche Lücken und Mängel" festgestellt hat ist zu befürchten, dass dieser geplante Autobahnausbau eine massive Verschwendung von Steuergeldern darstellt. Nicht nachvollziehbar ist außerdem, dass es möglich ist, dass bis heute selbst den Bundestagsmitgliedern widerrechtlich die Verträge nur in geschwärzter Form vorliegen und sämtliche Anträge auf Offenlegung ignoriert wurden.

3) Verweigerung der Verantwortungsübernahme

Immer wieder weist Tarek Al-Wazir die Verantwortung für den Bau der Autobahn von sich. Dabei stellte der wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages im Dezember fest, dass der Planfeststellungsbeschluss keine Pflicht des Landes Hessen beinhalte, den Bau umzusetzen. Und jüngst wurde vom Bundesverkehrsministerium darauf hingewiesen, dass die Planfeststellungsbehörde in Hessen zuständig ist.

Auch könnte und müsste Tarek Al-Wazir den Ausbau stoppen, um das Vorsorgeprinzip beim Wasserschutz wahrzunehmen, gab es doch in den letzten Jahren bedingt durch die zunehmende Trockenheit auch ohne die Autobahn schon Probleme bei der Trinkwasserversorgung.

4) Zerstörung eines europäischen Naturschutzgebietes auf Basis von Fehlinformationen

Der geplante Ausbau zerstört ein europäisches Naturschutzgebiet. Für eine Ausnahmegenehmigung zum Bau einer Autobahn durch ein solches Schutzgebiet sind seitens der EU "zwingende Gründe des öffentlichen Interesses" notwendig. In diesem Fall sind alle diese Gründe Fehlinformationen. Deswegen wurde die EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly eingeschaltet, das Genehmigungsverfahren zu überprüfen. Eine solche Genehmigung ist außerdem an die Bedingung geknüpft, dass Ausgleichsmaßnahmen wie angekündigt durchgeführt und überwacht werden – auch dies ist nicht in vollem Umfang geschehen. Hinweise darauf haben bisher nicht zum dringend erforderlichen Moratorium geführt.

Fazit

Der Ausbau der A49 basiert auf Fehlinformationen und Vertuschung. Er muss dringend gestoppt werden, bis sämtliche Untersuchungen zur Finanzierung, zum Wasserschutz und zum Naturschutz vollumfänglich abgeschlossen sind. Der Planfall P 2 wäre da eine sinnvolle Alternative.

Wir freuen uns über eine Berichterstattung und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Parents for Future Germany / AG Danni lebt

Liebigstr. 201, 50823 Köln www.danni-lebt.de

⁶ www.danni-lebt.de/un-recht/wasserschutz/

www.lvz.de/Nachrichten/Politik/Bundesrechnungshof-ruegt-Andreas-Scheuers-OePP-Plan-fuer-Autobahn-A49

^{*} www.bettina-hoffmann.info/de/blog/2020/10/oepp_a49.php

www.bundestag.de/resource/blob/815810/54ae4329366b39c273cfce00e76d64cb/WD-5-121-20-pdf-data.pdf

¹⁰ www.danni-lebt.de/un-recht/naturschutz/

www.dnr.de/biodiversitaetspolitik/eu-news/eu-ombudsfrau-soll-sich-um-dannenroeder-forst-kuemmern/?L=276